



Cornelia Möhring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende und
Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Reisebericht der Einzeldienstreise von Cornelia Möhring nach Dänemark und Schweden vom 30.01.2017 bis 03.02.2017

Montag, 30. Januar 2017

Ankunft in Kopenhagen

Besuch bei der Frauenrechts- und Hilfsorganisation „Danner“, inklusive Führung durch das gleichnamige Frauenhaus/Krisenzentrum.

Gesprächspartnerinnen: Lisbeth Jessen (Direktorin), Mette Marie Yde (Wissenschaftsbereich)

Frau Jessen und Frau Yde gaben einen Einblick in die Geschichte des Hauses und Informationen zur aktuellen politischen wie praktischen Arbeit des Hauses. Im Fokus der anschließenden Fragerunde und Diskussion lagen die Themen Finanzierung der Organisation und Entwicklung von Gewalt gegen Frauen in Europa, besonders in Dänemark und Deutschland.

In Dänemark gibt es heute 50 sogenannte Krisencenter, von denen 43 in einem Netzwerk organisiert sind. 33.000 Frauen sind jährlich von Gewalt betroffen, doch nur 2000 wenden sich an entsprechende Hilfeeinrichtungen. Das Krisencenter „Danner“ arbeitet seit 33 Jahren am selben Ort und beruht auf drei Säulen: Dem Frauenhaus, in welchem die akute Krisenbearbeitung stattfindet und in dem 18 Frauen und ihre Kinder Platz finden, dem Wissenschaftsbereich/Forschungsbereich zur Wissensvermittlung auf globaler Ebene und einem Projektbereich. Das Frauenhaus wird kommunal und über staatliche Mittel finanziert, das Wissenscenter über Spenden und Stiftungen und der Projektbereich zusätzlich über Projektmittel verschiedener Ministerien oder Botschaften im Ausland, so etwa Afghanistan oder Tunesien.

Ausführliches Briefing und Gespräch zur politischen Lage in Dänemark

Gesprächspartner*innen: Anke Meyer (Gesandte), Lasse Rodewald (Botschaftsmitarbeiter).

Dienstag, 31. Januar 2017

Gespräch mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger

Gesprächspartner*innen: Jan Diedrichsen (Sekretariatsleiter), Anke Meyer (Gesandte).

Im Gespräch ging es allgemein um die Themen der deutschen Minderheit und den Aufgaben im Sekretariat. Im Wesentlichen besprachen wir die Schulpolitik sowie die Haltung der Minderheit zu den integrationspolitischen Herausforderungen in Folge der Flüchtlingsbewegung.

Besuch beim Projekt Stadtteilmütter der Stiftung für soziale Verantwortung

Gesprächspartnerin: Mai-Britt Haugaard Jeppesen (Projektleiterin)

Die Stiftung für soziale Verantwortung ist in drei Sparten unterteilt. Zunächst organisiert sie eine kommunale Ideenbörse, den sogenannten „Brutkasten“. Des Weiteren ist die Stiftung mit Netzwerkarbeit für über 50 Organisationen beschäftigt. Zuletzt werden aber auch eigene Projekte durchgeführt, wie etwa Familienkurse für werdende Eltern oder die Ausbildung von Schul- und Berufsmentoren.e

Ein weiteres Projekt ist das der Bydelsmødre (Stadtteilmütter). Die Idee hat die Stiftung aus dem Berliner Bezirk Neukölln übernommen und für dänische Kommunen weiterentwickelt. Die Zielgruppe sind Frauen aus ethnischen Minderheiten, die einen Reflektionsprozess mitgemacht haben und ihre Lernprozesse an andere weitergeben möchten. Viele der Frauen fühlen sich unverstanden und ausgeschlossen, sie wissen häufig nicht, wo sie in Problemsituationen Hilfe finden können. Da ein fehlendes Vertrauen in staatliche Institutionen – wie auch in Deutschland – weit verbreitet ist, werden viele von ihnen passiv und nehmen nicht an der Gesellschaft teil. Eine Integration wird somit schwer. Die Stärke der Stadtteilmütter der Stiftung ist, dass sie sich durch dieselben Erfahrungen hindurchgearbeitet haben, aus denselben Kulturen kommen und die Frauen somit sehr zielgerichtet und sensibel unterstützen können. Die konkrete Arbeitsweise ist dabei vielseitig: Neben persönlicher Betreuung und Vorträgen sprechen die Stadtteilmütter auch Frauen an öffentlichen Orten an, wie z.B. im Café oder Waschsalon.

Neben dem ähnlichen Lebenshintergrund steht auch eine in 15 Module aufgeteilte Ausbildung der Stadtteilmütter zu Ehrenamtlichen. Finanziert wird dies durch die Kommunen. Seit ihrer Gründung 2008 als Pilotprojekt sind die Stadtteilmütter stark angewachsen und haben

große Anerkennung erreicht. Inzwischen gibt es in Dänemark ungefähr 600 ausgebildete Stadtteilmütter mit 54 verschiedenen Nationalitäten in 38 Gruppen landesweit.

Gespräche mit dänischen Parlamentarier*innen

Gesprächspartner*innen: Abdsbøl (Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses im Folketing), Yildiz Akdogan (stellvertretende Ausschussvorsitzende), Rasmus Horn Langhoff (gleichstellungspolitischer Sprecher der Sozialdemokraten), Carolina Magdalene Maier (gleichstellungspolitische Sprecherin der Alternativen), Karin J. Klint (Sozialdemokratin, Mitglied im Ausschuss für Ausländer und Integration).

Im Gespräch behandelten wir insbesondere die dänische Politik hinsichtlich der Prävention und Nothilfe in Gewaltsituationen und darin die digitale Gewalt gegen Frauen. Außerdem sprachen wir über die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerber*innen in Dänemark und die gleichstellungspolitische Situation in unseren beiden Ländern.

Wir konnten feststellen, dass die Finanzierung von Hilfeeinrichtungen in Dänemark wesentlich einfacher zu organisieren ist, da es sich um kommunale Einrichtungen handelt und ohne föderales System eine staatliche Beteiligung einfacher zu gewährleisten ist als in der Bundesrepublik.

In Dänemark soll – analog zu Deutschland – nun auch eine Beratungshotline für Betroffene von Gewalt eingeführt werden. Fast alle Parteien sprechen sich dafür aus. Nur die Enhedsliste (Einheitsliste) ist dagegen, da sie die Finanzierung nicht zusätzlich zum bestehenden Etat geregelt sehen wollen.

Wie schon bei einer Diskussion mit der Delegation des Familienausschusses gab es von dänischer Seite den deutlichen Hinweis, dass das Prinzip des Ehegattensplittings eine wesentliche Barriere für die Gleichstellung der Geschlechter bedeutet. Bemängelt wurde der noch zu geringe Anteil von Vätern in Elternzeit. Diskutiert werden deshalb verpflichtende drei Jahre.

In Fragen sexualisierter Belästigung will man sich an der britischen Gesetzgebung orientieren, die eine größere Verantwortung der Arbeitgeber und ein proaktives Vorgehen vorsieht.

Zur Integration von Neu-Däninnen wurde das von uns besuchte Projekt „Bydelismødre“ (Stadtteilmütter) hervorgehoben und betont, dass die Idee ursprünglich aus dem Berliner Bezirk Neukölln kommt und in Dänemark weiterentwickelt wurde. In einer Variante, die auch in Deutschland sicherlich umzusetzen wäre.

Gespräche mit dem übergeordneten Frauenverband „Kvinderåd“

Gesprächspartnerin: Randi Theil Nielsen (Sekretariatsleiterin)

Frau Theil Nielsen berichtete von ihrer Organisation und ihrer Arbeit, insbesondere die Projektkoordination beim Thema Gewalt und digitale Gewalt sowie die allgemeine frauenpolitische Lobbyarbeit. Der Kvinderåd arbeitet ganz ähnlich wie der deutsche Frauenrat, nur dass in Dänemark auch Einzelpersonen Mitglied sein können und es keine Zugangsvoraussetzungen für Organisationen gibt. Gegründet 1899 gehören ihm inzwischen 44 Organisationen an. Finanziert wird er staatlich. Aktuell arbeitet der Frauenrat zu den Auswirkungen der Regierungspläne Kürzungen im Sozialbereich vorzunehmen und an der Präsentation des CEDAW Schattenberichtes.

Auch in Dänemark wird ein Erstarren der Frauenbewegung als Antwort auf sexistische Übergriffe und das in Europa begonnene Rollback in Bezug auf Frauenrechte registriert.

Eine Kontroverse entspann sich an der Frage des angemessenen Schutzes für Prostituierte und der Position des dänischen Frauenrates, das sogenannte „Nordische Modell“ auch in Dänemark einführen zu wollen.

Mittwoch, 1. Februar 2017

Weiterreise von Kopenhagen nach Stockholm

Besuch der Mikamottagningen Beratungsstelle / Sozialdienst – Einheit Prostitution - der Stadt Stockholm

Gesprächspartnerin: Leiterin Miki Nagata.

Die städtische Beratungsstelle ist eine offene Anlaufstelle für über 18jährige, die in der Prostitution arbeiten oder für Menschen, die Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung geworden sind. Hier finden unabhängig von Geschlecht oder sexueller Identität Frauen, Männer und Transmenschen Gehör, ebenso Angehörige. Hilfesuchende erhalten Unterstützung, praktische Hilfen u.a. im Umgang mit Behörden oder anderen Problemen wie z.B. Aufenthaltsrechte oder Wohnungslosigkeit. Betont wird das individuelle Angebot durch die Beraterinnen sowie einer Hebamme, einer Gynäkologin und einer Psychiaterin.

Die Haltung zu und der Umgang mit Menschen, die der Prostitution nachgehen ist offen und wertfrei. Ziel der Arbeit ist auch der Abbau von Stigmatisierung und das Aufbrechen von Stereotypen. Die Beratung in der mit sechs Mitarbeiterinnen ausgestatteten städtischen Anlaufstelle richtet sich an a) Einsteiger*innen, b) Prostituierte im Gewerbe, c) jene, die aufhören wollen, d) Ausgestiegene. Wichtig seien Verbindlichkeit, Vertrauen und Schutz der Persönlichkeitsrechte. Gerade bei Opfern von Gewalt oder Menschenhandel sei viel

Zeit nötig, bevor sich Klient*innen anvertrauen könnten.

Seit 1999, der Einführung des sogenannten „Nordischen Modells“, habe sich der „Markt“ völlig verändert. In Schweden gibt es kaum Wohnungsprostitution, anders als in der BRD. In 95% der Fälle finden die Anbahnungen inzwischen über das Internet statt, 5% gehen auf den (illegalen) Straßenstrich. Die Kontrollen seien schwierig. Straßenprostitution ist in Schweden sehr zurückgegangen. Die Beratungsstelle wies die Aussage, dass durch das nordische Modell Prostitution in den Untergrund gedrängt, die Lage der Prostituierten schlimmer geworden und die Gewalt angestiegen sei mit dem Argument zurück, dass es Gewalt in der Prostitution immer gegeben habe. Daten dazu liegen nicht vor.

Prostitution wird als eine Form der Selbstzerstörung gesehen mit ausschließlich negativen Folgen und Schädigungen. 70% der Menschen in Schweden befürworteten das Nordische und restriktive Modell, auch viele der Klient*innen.

Beim Menschenhandel wird eng mit nationalen und internationalen NGOs zusammengearbeitet. Betroffene haben - wie in Deutschland - 30 Tage Bedenkzeit bis zur Anzeige. Der Aufenthalt ist nicht an die Aussagewilligkeit geknüpft.

Eine interessante und ebenso überraschende Information war, dass in den 18 Jahren seit Inkrafttreten dieser Gesetzgebung, diese kaum evaluiert wurde und in der Forschung zum Thema wenig passiert ist. Erkenntnisse und Daten über Prostitution würden wenig erhoben - insbesondere nicht über das Verhalten der fast ausschließlich männlichen Freier, obwohl das Verbot auf eine Veränderung bei den Freiern abziele.

Zurückgreifen müsse man in Schweden daher leider auf Daten bzw. Vergleichsstudien aus den USA und aus Großbritannien.

*Das geplante Gespräch mit **Berrit Jernberg**, politische Beraterin von Asa Regnér, Ministerin für Kinder, Ältere und Gleichstellung, musste von Seiten des Ministeriums abgesagt werden.*

Abendessen mit Kaj Fölster

Kaj Fölster ist eine 1936 in Schweden geborene Sozialwissenschaftlerin und Autorin, die lange in Deutschland lebte. Sie war eine der ersten Frauenbeauftragten der BRD und Tochter der schwedischen Friedensnobelpreisträgerin Alva Myrdal.

Ziel des Gespräches war der Austausch über aktuelle Gesetzesvorhaben und frauenpolitische Debatten in Deutschland und Schweden wie bspw. den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention und des geplanten Gesetzes zur Förderung der Transparenz von Ent-

geltstrukturen. Aufschlussreich war insbesondere der Austausch über den Umgang Schwedens mit dem Prostituiertenschutz. Trotz der Tatsache, dass im Land seit langem die Freierbestrafung gilt, gibt es weitestgehend keine Ansätze, eine Evaluation über die Folgen des Gesetzes oder die Wirkung auf das Verhalten von Männern vorzunehmen. Dies, obwohl man sich in Schweden gerne darauf berufe, das erste Land zu sein, welches die Männer in den Mittelpunkt des Gesetzes gestellt habe anstatt die Frauen zu kriminalisieren. Für Kaj Fölster zeige dies, dass die letztendliche Zielsetzung der Freierbestrafung mehr dem Zweck diene, Prostitution abzuschaffen, aber nicht auf eine Haltungsänderung angelegt ist.

Donnerstag, 02. Februar. 2017

Briefing und Frühstück mit Botschafter Dr. Hans-Jürgen Heimsoeth und Patricia Steiner

Allgemeine Informationen zur politischen Lage.

Aktuelles über die Deutsch-Schwedischen Beziehungen und den Besuch der Kanzlerin in Schweden Ende Januar 2017. Dieser habe auf schwedischer Seite eine hohe Medienaufmerksamkeit und eine positive Resonanz erhalten. Dies mache deutlich, wie sich die Beziehungen zu Deutschland zurzeit - gerade nach den Präsidentschaftswahlen in den USA und dem Brexit-Kurs Großbritanniens - veränderten. Deutschland kristallisiere sich für den skandinavischen Staat als neues, wichtigstes Partnerland im Bereich Wirtschaft und Handel heraus. Großes Interesse habe die Schwedische Regierung am Austausch über Maßnahmen zur Aufnahme von Geflüchteten, Integrations-best-practice und Organisationsstrukturen für den Übergang in den Arbeitsmarkt der neuen Schwed*innen. Aufgrund der hohen sozialen Standards und seiner guten Familien- und Vereinbarkeitsfreundlichen Infrastruktur habe das Land eine vorbildhafte Stellung, gerade auch in den Gender- und Geschlechterpolitischen Debatten anderer Europäischen Staaten.

Besuch der schwedischen Notfallambulanz für Vergewaltigungsoffer

Gesprächspartnerin: Die leitende Ärztin Lotti Helström

Die einzige Einrichtung Schwedens für Opfer von Vergewaltigung ist SÖDERSJUKHUSET im Stockholmer South General Hospital. Seit der Eröffnung im Jahre 2005 erhalten hier Menschen, die Opfer einer Vergewaltigung geworden sind, rund um die Uhr Hilfe. Es erfolgen i.d.R. vier Stufen der Behandlung sowohl durch ärztliches als auch psychologisch oder psychotherapeutisch geschultes Personal: Der forensische Teil und Sicherung der Spuren, das Krisenmanagement, die medizinische Versorgung und die Einbeziehung sozialer Unterstützungsbereiche wie z.B. die Familie. Bei minderjährigen Opfern wird die Sozialber-

hörde immer eingeschaltet. Frauen sind die häufigsten Opfer einer Vergewaltigung. Allerdings sind Jungen oder junge Männer höher gefährdet in eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTSD) zu fallen.

In Schweden erfolgt eine effizientere Vorgehensweise in Bezug auf Anzeigen, Gerichtsverfahren und Verurteilungen. 20% der angezeigten Vergewaltigungsfälle führen zu Gerichtsverfahren, davon 80% zu Verurteilung. Dies gelingt vor allem aufgrund einer hohen Beweislast. Damit unterscheidet sich Schweden deutlich von der BRD.

Lotti Helström betont die wichtigsten Forderungen: Schulung und Sensibilisierung von Polizei und Justiz, ein Gesetz für „Ja heißt Ja“, Fortsetzung der Forschungen über menschliche Verhaltensweisen wie Angststarre, neue Phänomene wie Vergewaltigung nach Einnahme von KO-Tropfen, eine sehr gute und umfassende Prävention, gerade mit Blick auf das Risiko einer Re-Viktimisierung in erneuten Opfersituationen.

Besuch des Schwedischen Reichstags

Führung / Mittagessen mit Abgeordneten

Cornelia Möhring - Linda Snecker (Die Linken)

Austausch über die politische Situation, vorrangig in Schweden, mit Blick auf die spezifischen Themen im Bereich der linken Frauen- und Queerpolitik.

Besichtigung und Gespräch bei LIV STYCKER Frauenintegrationsprojekt seit 1991

Gesprächspartnerin: Leiterin und Begründerin Brigitte Notlöf

LIV STYCKET ist ein Frauenintegrationsprojekt, das 1992 von Brigitte Notlöf gegründet wurde. Migrantinnen und geflüchtete Frauen erhalten hier das Angebot die Sprache in Kombination mit einem Handwerk zu erlernen. Dem Gedanken folgend, dass über das Erwerben von Kompetenzen Empowerment gefördert wird, sollen Frauen so Chancen für eine eigenständige Lebensweise eröffnet werden. Angeboten wird bei LIV STYCKET Unterricht in Schwedisch, Mathe, Gesellschaftskunde sowie das Erlernen von Tools zum Erstellen von Bewerbungsunterlagen, Lebenslauf etc. Ebenso werden im handwerklich-kreativen Bereich Nähen, Sticken oder Textildruck erlernt.

Die produzierten Textilien werden in einem eigenen Laden und über Kunsthandwerkgeschäfte sowie über das Internet verkauft. 2014 haben 189 Migrantinnen an den Programmen von LIV STYCKET teilgenommen. Die Teilnehmerinnen sind in fünf Gruppen je nach beruflicher und sprachlicher Qualifikation eingeteilt. Diejenigen, die durch Erlebnisse im

Heimatland oder auf der Flucht traumatisiert sind, erhalten nach Bedürfnis auch psychologische Betreuung.

In eindrucklicher Weise erläuterte Brigitte Notlöf, wie sie das bemerkenswerte Projekt alleine aufgebaut und zu einer Stockholmer Institution gemacht hat, die inzwischen ca. 460 Mitglieder zählt.

In den ersten 23 Jahren musste die Einrichtung in finanzieller Unsicherheit arbeiten. Nun hat die Stadt Stockholm verbindliche Verantwortung für einen Teil der Finanzierung übernommen. Damit sind auch die Arbeitsplätze von inzwischen neun Angestellten, die pädagogisch und spezifisch für die Integrationsarbeit und Arbeitsmarkt geschult sind, besser abgesichert.

LIV STYCKET heißt in der Übersetzung: Korsett oder Leibchen. Dieses Kleidungsstück, das vielen Menschen weltweit vertraut ist, ist inzwischen zum bekannten Label des Projekts geworden.

Freitag, 03. Februar 2017

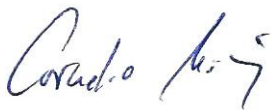
Besuch der Erstaufnahme / Flüchtlingsunterkunft und der Migrationsdienststelle in Märsta in der Nähe von Stockholm

Gesprächspartner*innen: Therese Lindström, Mattias Nordh, Ludwika Leander, Taleb Sobeth, Malin Starke

Die Erstaufnahmeeinrichtung bietet ankommenden Geflüchteten einen kurzen Aufenthalt. Es wird für alle Ankommenden das Verfahren zur Prüfung des Aufenthaltsstatus' vollzogen und entschieden, ob die Person bleiben kann oder rückgeführt werden muss. Wir erhielten einen Einblick in gut ausgestattete leerstehende Unterkünfte für diejenigen Erstankömmlinge, die nach wenigen Tagen aus der Erstaufnahme in andere Unterkünfte ziehen, wenn ihre Aufenthaltsprüfung positiv ausfällt. Alle bekommen ein Starterpaket. Im Herbst 2015 waren die Räume überfüllt, als in Schweden 163.000 Menschen ankamen. Dazu kamen 35.000 unbegleitete Minderjährige. Aktuell kommen ca. 500 Menschen im Monat. In den Bereich der Rückführungsplätze gewährte man uns keinen Einblick und auch kein Gespräch. In 2015 kamen viele Menschen nach Schweden: 51.000 Syrer, 41.000 Afghanen, 21.000 Iraker, und 77.000 Staatenlose. Das Asyl-Verfahren wurde in Schweden 2015 revidiert und in eine Klassifikation mit fünf Schritten eingepasst. Als problematisch wird die Rückführung in Länder wie z.B. Marokko beschrieben, weil Verhandlungen nicht oder schlecht laufen. Problematisch ist auch die Zuweisung an die Kommunen in Schweden, die zunächst freiwillig, jetzt aber verpflichtend geworden sei. Ein Asylverfahren dauert im

Schnitt 450 Tage. Besonders vulnerable und traumatisierte Menschen, oft Frauen bzw. Lesben, Schwule oder Trans-Menschen werden von dem geschulten Personal befragt. Es wird darüber aufgeklärt, dass sexualisierte Gewalt als Asylgrund gilt. Es wird keine Statistik über Asylgründe geführt. Die Einhaltung von Datenschutz wird hoch bewertet. Die Nachfrage, ob sich z.B. Opfer von Menschenhandel in ersten Gesprächen bei der behördlichen Ebene geoutet hätten, wird verneint. Frau Lindström erklärt, dass insbesondere Menschen in Zwangslagen Zeit und Vertrauen bräuchten, um sich öffnen und frei über sich reden zu können. Am Ende wurde uns im neu errichteten Migrationsamt, das in unmittelbarer Nähe zur Erstaufnahmeeinrichtung steht, neben der umfangreichen Ausstattung auch die Personallage erläutert. Beeindruckt waren wir davon, dass innerhalb von 10 Minuten ein/e Dolmetscher*in zur Verfügung gestellt werden kann.

Rückreise nach Deutschland

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Cornelia Möhring'.

Cornelia Möhring